

**Arbeit und Terror im Ural.
Deportationen und Arbeitsmobilisierungen im Kontext
der sowjetischen Arbeitskräftepolitik (1930er – 1940er Jahre)**

von Dmytro Myeshkov

Der Ural ist das älteste russische Bergbaugebiet, das sich noch vor dem Beginn des Industrialisierungszeitalters in Russland zu einer der wirtschaftlich bedeutendsten Regionen des Landes entwickelte. Der lokalen Kultur, die sich zum Anfang des 19. Jahrhunderts allmählich herausbildete und die von manchen zeitgenössischen russischen Wissenschaftlern gerne als eine besondere „Bergbau-Zivilisation“ bezeichnet wird, lagen Sklavenarbeit von Generationen der unter Abzugsverbot gestellten leibeigenen Bauern sowie von zur Zwangsarbeit an Hütten- und Bergwerken verurteilten Verbannten zu Grunde. Das Uralgebiet war durch eine eigene, nach militärischem Vorbild aufgebaute Bergbau-Administration charakterisiert. Der im Vergleich zum Rest des Landes eingeschränkte Charakter von bürgerlichen und politischen Freiheiten im Ural, wo das Leben noch im frühen 20. Jahrhundert nach der lokalen Verfassung, dem Bergbau-Statut (*Gornyj Ustav*) organisiert war, wurde besonders nach der Revolution 1905 immer offensichtlicher.¹

Neben der Zwangsarbeit war die Lebensweise im Ural auch stark vom Altgläubigentum geprägt und verband auf eigenartige Weise hoch entwickelte Technologien mit traditioneller Volkskultur und archaischen „vorpetrinischen“ Formen des gesellschaftlichen Lebens. Das gesamte soziale Leben in den Fabrik- und Bergbausiedlungen wurde dem Arbeitsrhythmus des Hütten- bzw. Bergwerks strengstens untergeordnet. Die Beziehungen zwischen Arbeitern und Besitzern (Geschäftsführern) von Unternehmen beschränkten sich nicht nur auf den Bereich Produktion, sondern trugen bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts einen stark patriarchalischen Charakter. Ähnliche Formen sozialer Organisation wurden mehr oder weniger auch in den 1920er – 1930er Jahren kreiert, als während des Aufbaus neuer „sozialistischer Städte“ der Arbeit (*trud*) und nicht den Rechten oder Lebensbedingungen von Arbeitern höchste Priorität eingeräumt wurde.

In der modernen russischen politischen Mythologie bekam der Ural die Rolle des „Rückgrats Russlands“ zugewiesen.² Diese Vorstellung ist aber nicht neu, sondern untrennbar mit dem Bild des Ural verbunden, das sich noch in der Zeit der forcierten Industrialisierung Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre gebildet hat. Die Quintessenz dieser Vorstellungen formulierte Aleksandr Tvardovskij später in einem seiner Werke folgendermaßen:

- 1 A.É Murzin: *Sovetskij mif v sud'be Urala* [Der sowjetische Mythos im Schicksal des Ural], Ekaterinburg 2004, S. 42.
- 2 Aleksej V. Ivanov: *Chrebet Rossii: geroi, zavody, mastera, matrica* [Das Rückgrat Russlands: Helden, Fabriken, Meister und die Matrix], Sankt-Peterburg 2010. Das Buch dieses russischen Schriftstellers aus Perm' ist Bestandteil eines größeren Projekts, das einen bedeutsamen Versuch aus jüngster Zeit darstellt, die Identität der Region Ural zu formulieren und zu beschreiben. Im Rahmen dieses Projekts wurde auch ein mehrteiliger Film gedreht, der 2010 im ersten russischen Fernsehen ausgestrahlt wurde.

*Ural! – Opornyj kraj deržavy,
Eë dobytčik i kuznec,
Rovesnik drevnej našej slavy
I slavy nynešnej tvorec!*³

Im „sowjetischen Mythos“ des Ural ersetzte der Arbeiter als Verkörperung und Träger der kommunistischen Idee die einst zentrale Figur – den (Fabrik)Meister. Durch seine aufopferungsvolle Arbeit sollte der ganze Reichtum der Naturschätze in den Dienst des neuen Staates gestellt werden. Obwohl die Arbeiter im Ural traditionell eng der Landwirtschaft verbunden blieben und daher nicht ganz den bolschewistischen Vorstellungen vom klassischen Proletarier entsprachen, schrieb man ausgerechnet dieser Region als einem „Land von Arbeitern“ (*rabočij kraj*) eine besondere Rolle zu. Neben den „Kornkammern“ und „Kurorten/Heilvorkommen“ wurde dieses „Arbeiterland“ an der Grenze Europas und Asiens als Fundament für das Gleichgewicht und den Fortschritt des ganzen, sich im Aufbau befindenden sozialistischen Staates verantwortlich gemacht.⁴

Während der ersten Fünfjahrespläne sollte die Region zum einem der Hauptzentren der forcierten Industrialisierung werden und damit zur Stütze der Volkswirtschaft, die sich zunehmend auf das Mobilisierungsprinzip auszurichten schien. Dieser politische Kurs hatte beispiellose Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung zur Folge. Sie wuchs durch massiven Zuzug mit einem deutlich höheren Tempo und die Urbanisierung verlief dort schneller als in anderen Regionen. Mit Instrumenten wie Deportationen und Zwang zur Arbeit trat hier die bolschewistische Arbeitskräftepolitik am deutlichsten und oft in ihren extremsten Formen zutage. Der in den 1930er, 1940er Jahren stark gestiegene Anteil von repressierten Bevölkerungsgruppen wurde zu einer Besonderheit des Ural und veranlasste viele Historiker dazu, das einst als Land der Arbeiter gepriesene Industriegebiet zum „Land der Lager“ umzutaufen.⁵

Der Große Vaterländische Krieg (1941–1945) markierte eine Zäsur in der Entwicklung von Vorstellungen über das Uralgebiet als sowjetische Provinz mit einer Sondermission. Nach der Evakuierung der wichtigsten Industriebetriebe aus den westlichen Landesteilen war das Image der „tragenden Säule der sowjetischen Rüstungsindustrie“ endgültig mit dem Ural verbunden.⁶ Die radikale Militarisierung während und nach der Kriegszeit veränderte nicht nur die Industrie im Ural entscheidend. Sie wirkte noch Jahrzehnte nach Kriegsende nach und bestimmte weitgehend das Leben aller ihrer Bewohner. Dass der Ural auch nach dem Kriege das wichtigste Zentrum der Rüstungsindustrie geblieben ist und sich dazu noch zu einem Gebiet der Nuklearforschung entwickelte („Russlands Schmiede und

3 A.T. Tvardovskij: *Za dal’ju dal’*. Iz putevogo dnevnika [Hinter der Ferne ist Ferne. Aus dem Reisebuch], in: Ders.: *Sobranie sočinenij* [Gesammelte Werke], Bd. 3, Moskva 1960, S. 241–356, hier S. 264.

4 Vgl. dazu Murzin, *Sovetskij mif* (wie Anm. 1).

5 V.V. Alekseev (Red.): *Ural v panorame XX veka* [Das Uralgebiet im Panorama des 20. Jahrhunderts], Ekaterinburg 2000, S. 222; N.A. Minenko u.a.: *Ssylka* [Verbannung], in: V.V. Alekseev (Red.): *Ural’skaja istoričeskaja enciklopedija* [Historische Enzyklopädie des Uralgebiets], Ekaterinburg 2000, S. 507 f.; A.V. Bakunin: *Repressii* [Repressionen], in: Ebenda, S. 457, 459.

6 So wurde der Ural in einem 1946 erschienenen Reiseführer genannt. Zit. nach Murzin, *Sovetskij mif* (wie Anm. 1), S. 173.

Schild⁷⁾, vertiefte die Disproportionen in seiner wirtschaftlichen Entwicklung noch mehr. Dies bedingte den niedrigen Lebensstandard einfacher Menschen, die sich bis in die späten 1940er Jahre von den unter kriegsähnlichen Umständen weiterhin produzierten Betrieben zur Aufopferung am Arbeitsplatz aufgefordert sahen. Selbstlosigkeit, Bescheidenheit und Enthaltbarkeit des Arbeiters im Ural wurden genauso wie die dortigen Bodenreichtümer zur Visitenkarte der Region und führten in der Nachkriegszeit unter anderem zur Entstehung eines unverwechselbaren Kunststils – des Uraler „rauen Stils“.

Lange Zeit gehörte der Ural nicht zu den Regionen des Zarenreichs bzw. der Sowjetunion, die eine bedeutende Zahl von Deutschen beheimatet hatten. Einige deutsche Ingenieure und Naturwissenschaftler haben hier zwar gewisse Spuren hinterlassen, kompakte Gruppen deutscher Bevölkerung bildeten sich erst später in den landwirtschaftlichen Kolonien im äußersten Süden der Region – im Orenburger Gebiet.⁸ Von ca. 1,5 Millionen Deutschen, die bei der Bevölkerungszählung 1939 in der Sowjetunion lebten, wurden die größten Gruppen in der Ukraine und an der Wolga registriert. Die Mehrheit der Deutschen, die in den 1930er Jahren deportiert wurden, wurde östlich des Urals angesiedelt – in Sibirien und Kasachstan.⁹ Nichtsdestotrotz besitzt der Ural in der Geschichte der Deutschen in der Sowjetunion einen besonderen Platz: Während und nach dem Krieg arbeiteten dort Zehntausende von ihnen in der sog. Arbeitsarmee (*trudarmija*).

Das Ziel des Artikels ist es, die Geschichte der Arbeitsmobilisierungen von Russlanddeutschen und einigen anderen Bevölkerungsgruppen miteinander zu vergleichen und sie in den Kontext der sowjetischen Arbeitskräftepolitik der 1930er und 1940er Jahre einzuordnen. Gegenstand der Betrachtung ist der Arbeitseinsatz von Deportierten, Verbannten und freien sowjetischen Bürgern aus anderen Regionen, die zur Arbeit mobilisiert bzw. gezwungen waren. Die Arbeit von Häftlingen des GULag, die in Gefängnissen, Kolonien und Lagern untergebracht wurden, wird hier nicht berücksichtigt. Angesichts des Charakters der Arbeitsverhältnisse in der UdSSR und angesichts der Tatsache, dass das System der Sondersiedlungen ein integraler Teil des GULag war, ist es nicht immer möglich, den Arbeitseinsatz von mobilisierten Sondersiedlern von dem der Häftlinge zu trennen – genauso wie für die Sowjetunion der Stalinzeit generell eine Trennung zwischen „freier“ und „unfreier“ Arbeit nicht immer möglich war.

Die Zusammenhänge zwischen der sowjetischen Arbeitskräftepolitik der Stalinzeit einerseits und den Repressalien gegen die „Kulaken“ in den 1930er bzw. gegen bestimmte ethnische Gruppen in den 1940er Jahren andererseits waren für die meisten Forscher offensichtlich.¹⁰ Besonders im Bereich der Stalinismusforschung wurden bei der Analyse dieser Zusammenhänge in den letzten zwei Jahrzehnten interessante Ergebnisse erzielt: In erster Linie waren es Untersuchungen zur Geschichte des GULag, die dessen Rolle im wirt-

7 Alekseev (Red.), Ural v panorame (wie Anm. 5), S. 307-367.

8 V. Mikitjuk u.a.: Ural in: Nemcy v Rossii. Encyklopedija [Die Deutschen in Russland. Enzyklopädie], Bd. 3, Moskva 2006, S. 614-621.

9 A.A. German, A.N. Kuročkin: Nemcy SSSR v „Trudovoj armii“ (1941–1945) [Die Deutschen der Sowjetunion in der „Arbeitsarmee“ (1941–1945)], Moskva 1998, S. 27.

10 Eine ausführliche Analyse der umfangreichen Forschungsliteratur ist hier nicht vorgesehen. Im Folgenden wird lediglich auf einige wichtige Publikationen hingewiesen, in denen bestimmte Aspekte der sowjetischen Arbeitskräftepolitik behandelt werden.

schaftlichen Leben der stalinistischen Sowjetunion zeigten.¹¹ Es erschienen aber auch viele Publikationen, in denen am Beispiel einzelner „Großbaustellen des Sozialismus“ bzw. Unternehmen veranschaulicht wurde, wie das Arbeitskräftepotenzial des kollektivierten Dorfes während der ersten Fünfjahrespläne vom Regime „erschlossen“ wurde.¹² In manchen Untersuchungen wird aber in alter Tradition weiterhin behauptet, dass nicht die verbannten „Kulaken“ im Ural Anfang der 1930er Jahre zu einer der Hauptquelle von Arbeitskräften wurden, sondern die durch staatlich organisierte Kampagnen (*orgnabor*) angeworbenen Kolchosmitglieder.¹³

Sowohl die Deportation der Russlanddeutschen als auch ihr Arbeitseinsatz in den Arbeitskolonnen sind recht ausführlich dokumentiert und erforscht.¹⁴ Allerdings fehlen in vielen dieser Publikationen eine vergleichende Perspektive und Bezüge zum historischen Kontext. Umso gelungener scheint der Versuch zu sein, die Geschichte der „Arbeitsarmeen“ von den 1920er bis zu den 1940er Jahren über alle betroffenen Gruppen (ethnische wie soziale) hinweg zu zeichnen.¹⁵ Bei der Betrachtung der deutschen Minderheit als Bestandteil der gesamtstaatlichen Produktivkräftebilanz blieb es beim bisher einzigen Versuch, der mittlerweile schon 20 Jahre zurückliegt.¹⁶

Räumlich steht der Mittlere Ural im Vordergrund.¹⁷ Diese territoriale Eingrenzung ist zum einen durch die oben kurz erwähnten historischen Besonderheiten und zum anderen durch die Sonderstellung, die vor allem der Mittlere Ural infolge der forcierten Industrialisie-

- 11 Siehe z.B. V.N. Zemskov: *Specposelency v SSSR, 1930–1960* [Die Sondersiedler in der UdSSR, 1930–1960], Moskva 2005; *GULAG: Ékonomika prinuditel'nogo truda* [Der Gulag. Die Wirtschaft der Zwangsarbeit], Moskva 2008; N.Ju. Belych: *Ékonomika GULAGa kak sistema podnevol'nogo truda (na materialach Vjatlaga 1938–1953 gg.)* [Die Wirtschaft des Gulag als ein System der Zwangsarbeit (nach Materialien aus dem Vjatlag 1938–1953)], Moskva 2011.
- 12 Für den Ural vgl. z.B. St. Kotkin: *Magnetic mountain*, Berkeley u.a. 1995; vgl. auch Dietmar Neutatz: *Die Moskauer Metro. Von den ersten Plänen bis zur Großbaustelle des Stalinismus (1897–1935)*, Köln u.a. 2001, S. 147–149.
- 13 Vgl. z.B. die enzyklopädisch angelegte Untersuchung zur Geschichte der Metallurgie im Ural: V.V. Aleksejev, D.V. Gavrilov: *Metallurgija Urala s drevnejšich vremën do našich dneĵ* [Die Metallurgie im Ural vom Altertum bis in die Gegenwart], Moskva 2008, S. 591.
- 14 Exemplarisch sind hier folgende Publikationen zu nennen: German, Kuročkin, Nemcy SSSR (wie Anm. 9); für das Uralgebiet sind Sammelbände und Aktenveröffentlichungen von Bedeutung, die von V. Kirillov vorbereitet wurden, z.B. Gedenkbuch „Gordoe terpen'e. Kniga pamjati sovetskich nemcev – uznikov Tagillaga“ [„Stolze Geduld. Zum Gedenken der Deutschen der Sowjetunion – der Gefangenen des Tagillag“], Ekaterinburg 2004.
- 15 G.A. Gončarov: „Trudovaja armija“ na Urale v gody Velikoj Otečestvennoj vojny [Die „Arbeitsarmee“ im Ural in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges], Čeljabinsk 2006.
- 16 N.F. Bugaj: *Nemcy v strukture proizvoditel'nych sil SSSR: trudovye armii, rabočie kolonny, batal'ony (40-e gody)* [Die Deutschen in der Struktur der Produktivitätskräfte der UdSSR: Arbeitsarmeen, -kolonnen, -bataillone (1940er Jahre)], in: *Nemeckij rossijskij étnos: vechi istorii. Materialy naučnoj konferencii g. Moskva, 24–25 ijunja 1993 g.* [Die Ethnie der Russlanddeutschen: Meilensteine der Geschichte. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz in Moskau, 24.–25. Juni 1993], Moskva 1994, S. 84–90.
- 17 Administrativ umfasst der Ural die Gebiete Perm', Sverdlovsk, Čeljabinsk, Orenburg und Kurgan sowie die Autonomen Republiken Udmurtien und Baškirien. Historisch war mit diesem Territorium auch die Region Vor-Ural (jetzt Kirover Gebiet) eng verbunden. In der Nachkriegszeit zählten breite Streifen Westsibiriens (heute Gebiet Tjumen') zum Uraler Wirtschaftsrayon. Unter dem Mittleren Ural werden die drei am meisten entwickelte Gebiete verstanden: das Permer, das Sverdlovsker und das Čeljabinsker Gebiet.

zung im sowjetischen System der (Um-)Verteilung von Arbeitskräften annahm, zu erklären. Bei der Betrachtung aus lokaler Perspektive galt es darüber hinaus zu klären, inwiefern die lokalen Besonderheiten (sowohl die fiktiven als auch die nachweisbaren) die stalinistische Arbeitskräftepolitik mit beeinflusst haben. Zeitlich schien es sinnvoll zu sein, die Analyse um eine einführende Übersicht zur Arbeitskräftepolitik in den 1930er Jahren zu erweitern, denn schon in dieser Zeit nahm die Politik ihre Hauptzüge an. Außerdem wird diese Ausweitung des zeitlichen Rahmens der Betrachtung dabei helfen, die Frage nach Kontinuitäten in der sowjetischen Politik gegenüber der Ressource „Arbeit“ zu beantworten.

Sowjetische Arbeitskräftepolitik in der Zwischenkriegszeit

Die sowjetische Arbeitspolitik rechtfertigt die Zwangsarbeit mit dem Prinzip der allgemeinen Arbeitspflicht. Die Bolschewiki machten von der Arbeitspflicht schon kurz nach dem Umsturz im Oktober 1917 Gebrauch – beim Wiederaufbau zerstörter Werke und Fabriken und als Lösung anderer dringender volkswirtschaftlicher Aufgaben in vielen Regionen von Sibirien bis zum Nordkaukasus. Aber im Ural erreichten die Arbeitsmobilisierungen offensichtlich das größte Ausmaß.

Schon am 15. Januar 1920 wurde dort die „Erste revolutionäre Arbeitsarmee“ zusammengestellt, die bis 1922 aktiv blieb. Die Arbeitsarmee-Soldaten wurden nicht nur bei der Reparatur der Eisenbahnmaschinen, mit Torfabbau und Brennholzbeschaffung beschäftigt, sondern nahmen auch an den Arbeitsmobilisierungen der zivilen Bevölkerung (nach Jahrgängen und Berufen) teil und waren bevollmächtigt, die Erfüllung der allgemeinen Arbeitspflicht zu kontrollieren. Durchschnittlich erreichte 1920 die Anzahl der *trudarmejcy* 10 000 täglich, an manchen Tagen arbeiteten sogar bis zu 60 000 Personen. Insgesamt wurden 1920 150 000 Rotarmisten und 430 000 Zivilisten zur Arbeit herangezogen. Durch wirtschaftliche Organisationen, die unter der Leitung der Arbeitsarmee im Ural entstanden waren, prägte die Erste Arbeitsarmee auch nach ihrer Auflösung die wirtschaftliche Entwicklung der Region bemerkbar weiter.¹⁸

Die Bildung von Arbeitsarmeen wurde nicht nur durch die Notwendigkeit verursacht, die zerstörten Wirtschaftsbetriebe wieder aufzubauen. Die Verstaatlichung der Arbeit und die Organisation von Arbeitskommandos nach militärischem Vorbild waren integrale Bestandteile der Vorstellungen der Führer der Bolschewiki über die Verwaltung von Arbeitsressourcen und unentbehrliche Teile ihres langwierigen Programms zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft und zur „Umerziehung“ der Vertreter der ehemaligen „Ausbeuterklassen“ und der kleinbürgerlichen Bauernschaft.¹⁹

Obwohl die Beschäftigungspolitik in der NĖP-Zeit weniger mit administrativen Methoden agierte, war auch in dieser Zeit die Idee einer möglichst breiten Anwendung von außerökonomischen Methoden des Zwangs zur Arbeit im Ural deutlich verbreitet. So arbei-

18 N.I. Dmitriev: *Pervaja armija truda* [Die Erste Arbeitsarmee], in: Alekseev (Red.), *Ėnciklopedija* (wie Anm. 5), S. 404 f.; Gončarov, „*Trudovaja armija*“ (wie Anm. 15), S. 66 f.

19 Der Vorsitzende des Revolutionären Militärrates der Arbeitsarmee im Ural war Leo Trotzki, die Idee ihrer Organisation begrüßte Vladimir Lenin. Vgl. dazu auch Gončarov, „*Trudovaja armija*“ (wie Anm. 15), S. 12.

teten lokale Planbehörden breit angelegte Programme einer vom Staat gelenkten Besiedlung des Uralgebiets aus und sahen diese als wichtige Voraussetzung seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Und die Uraler Außenstelle des Präsidiums des VSNCh reichte bei F. Dzeržinskij schon 1923, d.h. nur ein Jahr nach der Auflösung der Ersten Arbeitsarmee, ein Projekt zum Einsatz von Häftlingen bei Holzarbeiten ein.²⁰

Allerdings lag der Schwerpunkt in den 1920er Jahren noch im Bereich freiwilliger Umsiedlungen bzw. Kolonisierungen: Zu diesem Zweck beschloss man, eine zentrale Umsiedlungsverwaltung in Moskau aufzubauen, die für die zweite Hälfte der 1920er Jahre die Umsiedlung von einer halben Million Bauern aus den zentralen, westlichen und südlichen Regionen in den Ural plante. Solange diese Umsiedlungskampagne auf dem Papier blieb, sah sich das Regime gezwungen, die Arbeitskraft für die Holzarbeit aus dem Südrural, aber auch aus den Gebieten Nižnij Novgorod und Tatarien anzuwerben. Dies war teuer und nicht effektiv.

Zur Hauptquelle von Arbeitskräften für die Großbauten der Industrialisierung im Ural in den 1930er Jahren wurden aber nicht freiwillige, sondern Zwangsumsiedler – sog. Sondersiedler (*specposelency*, später auch als Arbeitssiedler, *trudposelency*, bekannt). Der größte Teil von ihnen gehörte in dieser Zeit zum Kontingent „ehemaliger Kulaken“ (*byvsie kulaki*) und wurde im Laufe der Kollektivierung aus ihren Wohnorten verbannt. Zum Ende des Jahres 1932 wurden im Ural knapp 500 000 Sondersiedler registriert.²¹ Dass ihre Anzahl mit der Zahl freiwilliger Umsiedler übereinstimmte, die man Ende der 1920er Jahre zur Kolonisierung dünn besiedelter Gebiete des Nördlichen und des Mittleren Ural plante, deutet auf die Kontinuitäten der Politik hin und verrät einiges über die wirklichen Ziele der Verbannung von „Kulaken“. Diese war unter anderem ein Instrument der Zwangskolonisierung und der Umverteilung der Arbeitskraft zwischen Dorf und Stadt, zwischen der Landwirtschaft und der Industrie.

Im Laufe der 1930er Jahre wurde der Mittlere Ural zu einer der wichtigsten Verbannungsregionen des Landes. Der Anteil der Sondersiedler, die hierher geschickt wurden, lag ursprünglich bei einem Drittel aller Verbannten in der Sowjetunion. Vor dem Hintergrund sinkender absoluter Zahlen verringerte sich ihre Zahl auch im Ural, und zwar bis auf 200 000 Ende der 1930er Jahre, was aber immer noch mehr als 20% aller Sondersiedler ausmachte.²² Die Deportation der Bauern war unbefristet, alle arbeitsfähigen Familienmitglieder waren zur Arbeit verpflichtet. Den Arbeitsplatz und den Charakter der Arbeit bestimmten die lokalen Organe des Innenministeriums (NKVD) oder die Wirtschaftsverwaltungen. Nach Angaben lokaler Historiker arbeitete die überwiegende Mehrheit von in den Ural verbannten Bauern, und zwar 116 000 Familien mit 467 200 Personen, in der Industrie.²³ Ihre Arbeitsleistung wurde zum Bau von Industrialisierungsobjekten benutzt,

20 L.P. Rasskazov, I.V. Uporov: Ispol'zovanie i pravovoe regulirovanie truda osuždennyh v rossijskoj istorii [Die Gesetzgebung zur Verwendung der Arbeit von Gefangenen in der russischen Geschichte], Krasnodar 1998, S. 55.

21 V.V. Alekseev (Red.): Opyt rossijskich modernizacij XVIII–XX veka [Die Modernisierungskampagnen in Russland vom 18. bis 20. Jahrhundert], Moskva 2000, S. 171.

22 Mitte der 1930er Jahre sank der Anteil der Sondersiedler wegen Massenflucht auf etwa 28%, was immer noch überdurchschnittlich viel war: Zemskov, Specposelency (wie Anm. 11), S. 22–24, 27, 33, 98.

23 Alekseev (Red.), Opyt rossijskich modernizacij (wie Anm. 21), S. 171.

und 1934 erreichte ihr Anteil am Bau mancher Werke und Fabriken 40-80% bzw. sogar 50-90% in den Holz verarbeitenden Unternehmen.²⁴ Viele von ihnen wurden zum festen Bestandteil von Arbeitskollektiven – so arbeiteten 43 000 in den Werken des Volkskommissariats für Schwerindustrie im Gebiet Sverdlovsk und 16 000 im Gebiet Čeljabinsk, 14 500 arbeiteten für Volkskommissariat der Forst- und Holzwirtschaft im Gebiet Sverdlovsk. Die zahlreichsten Gruppen unter ihnen waren: 8 300 Sondersiedler – „ehemalige Kulaken“ im Magnitogorsker Hüttenkombinat, ca. 4 500 im Waggonbauwerk, 2 200 im Tagilstroj, 658 im Uraler Werk für Schwermaschinenbau (*Uralmaš*) usw.²⁵

Die Deportation von „Kulaken“ – neben den Zehntausenden „freier“ Bauern, die gezwungen waren, ihre Wohnorte im Laufe der Kollektivierung zu verlassen – versorgte somit zum größten Teil die Großbauten der ersten Fünfjahrespläne im Ural und die wichtigsten Branchen wie Kohleförderung, Holzbearbeitung und Eisenerzabbau mit Arbeitskräften. Ausgerechnet diese ehemaligen Bauern sorgten für ein beispielloses Wachstum der städtischen Bevölkerung des Mittleren Ural, das überdurchschnittlich hoch ausfiel.²⁶

Der Entschluss zur raschen und ausnahmslosen Kollektivierung sowie zur forcierten Industrialisierung setzte voraus, dass Mobilisierungen wieder Hauptinstrument der sowjetischen Arbeitskräftepolitik wurden. Die Umverteilung von Arbeitsressourcen trug einen ausgeprägt zwanghaften Charakter und war zu einem der Ziele der Kollektivierung geworden, sonst wären die Pläne zur Industrialisierung nur auf dem Papier geblieben. Nachdem schnell klar geworden war, dass keine Rückkehr zu den ehemaligen Wohnorten mehr möglich sein würde, demonstrierten die „ehemaligen Kulaken“ – und besonders die Generation ihrer Kinder – den allgemeinen Willen, sich den neuen Lebensumständen anzupassen. Viele von ihnen wurden zu Stoßarbeitern (*udarniki*). Der Widerstand unter den Sondersiedlern kam noch Anfang der 1930er Jahre zum Erliegen.²⁷

In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre begann der Prozess der „Verwischung“ der „Kulaken-Verbannung“. Schon kurz nach der Deportation flüchteten ca. 150 000 Menschen aus ihren Verbannungsorten. Die meisten von ihnen zogen in die Städte des Ural, wo sich der Arbeitskräftemangel immer spürbarer zeigte. Seit 1938 wurden die Kinder von Sondersiedlern nicht mehr automatisch in die Kommandanturlisten aufgenommen, sondern beim Erlernen von Massenarbeiterberufen gefördert. Immer mehr Menschen verließen daher die Sondersiedlungen und zogen in die Städte, wo sie unter anderem auch in den Rüstungswerken eingestellt wurden. 1942 wurde beschlossen, die Sondersiedler mit Ausnahme von Familienoberhäuptern in die Armee einzuziehen (insgesamt wurden 60 000 eingezogen),

24 Alekseev (Red.), *Ural v panorame* (wie Anm. 5), S. 222; Minenko u.a., *Sylka* (wie Anm. 5), S. 507 f.; Bakunin, *Repressii* (wie Anm. 5), S. 457, 459.

25 Zemskov, *Specposelency* (wie Anm. 11), S. 48 f.

26 Die städtische Bevölkerung des Uraler Gebiets stieg allein in den Jahren 1928–1932 um mehr als das 1,7-fache. Vgl. Alekseev (Red.), *Opyt rossijskich modernizacij* (wie Anm. 21), S. 168. In den am meisten urbanisierten Gebieten Sverdlovsk und Čeljabinsk wuchs die städtische Bevölkerung zwischen den Volkszählungen 1926 und 1939 um das 3,5-fache, was einen jährlichen Zuwachs um 9,4 bzw. 8,4% bedeutete. L.I. Gavrilova: *Nekotorye voprosy urbanizacii na Urale* [Einige Probleme der Urbanisierung im Ural], in: P.O. Kosjakov (Red.) *Demografičeskie osobennosti i ispol'zovanie trudovyh resursov Urala* [Die demografischen Besonderheiten und die Nutzung von Arbeitsressourcen des Ural], Sverdlovsk 1974, S. 23-31, hier S. 27.

27 Zemskov, *Specposelency* (wie Anm. 11), S. 142.

und auch ihre Familien wurden anschließend aus der Verbannung befreit. Ende der 1940er Jahre wurden dann noch weitere Sondersiedler aus dem Kontingent „ehemaliger Kulaken“ entlassen, so z.B. in den Jahren 1947/48 120 000 Personen. Bis zum Jahre 1952 verschwand dieses Kontingent aus den GULag-Akten, ihre Bedeutung als Reservoir von Arbeitskräften hatten die „Kulaken“ zu dem Zeitpunkt aber schon längst verloren.

Durch die Verfolgung ethnischer Gruppen änderte sich seit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre allmählich die Zusammensetzung der Sondersiedler. Den Sondersiedlungen, auch die im Mittleren Ural, wurden immer mehr nach ethnischen Merkmalen Deportierte zugewiesen. 1936 wurden fast 70 000 polnische und deutsche Bauern aus der Ukraine nach Kasachstan zwangsumgesiedelt, viele der ca. 30 000 Deutschen wurden 1942 dort mobilisiert und zur Arbeit in die Industrie, unter anderem auch in den Ural gebracht.²⁸ Noch vor dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges sind polnische sog. Siedler (*osadniki*) und Flüchtlinge zum Opfer einer Zwangsumsiedlungsaktion geworden. Sie kamen vor allem in den Holz verarbeitenden Betrieben und in der Nichteisen-Metallurgie zum Einsatz. Allein im Sverdlovsker Gebiet überstieg die Gesamtzahl dieser Gruppe schnell die Marke von 26 000 Personen.²⁹

In und nach dem Krieg folgten dann Deportationen weiterer Bevölkerungsgruppen, wobei der Mittlere Ural zum Schwerpunkt der Ansiedlung von Tataren, Griechen, Armeniern und Bulgaren von der Krim wurde (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Anzahl von Sondersiedlern im Ural bis zum 1.1.1949³⁰

Region	Insgesamt	Davon			
		Deutsche ³¹	Von der Krim	Litauer	Ukrainische. Untergrundkämpfer, ihre Familienangehörige
Insgesamt im Ural	230 662	155 107	34 261	3 667	16 946
Davon im Mittleren Ural (%)	191 268 (83%)	123 936 (80%)	28 480 (83%)	3 667 (100%)	16 946 (100%)
nach Gebieten:					
Sverdlovsk	61 281	45 587	12 532	1 343	56
Čeljabinsk	45 238	38 440			6 398
Molotov	84 749	39 909	15 948	2 324	10 492

28 St. Ciesielski: Polen aus der Ukraine: Deportation nach Kasachstan in den 1930er Jahren, in: Detlef Brandes, Holm Sundhaussen u.a. (Hrsg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsumsiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, Wien 2010, S. 524-527, hier S. 525.

29 Ju.Ju. Pažit: Pol'skaja spetsylka v Sverdlovskoj oblasti v gody vtoroj mirovoj vojny [Die polnische Sondersiedlung im Gebiet Sverdlovsk in den Jahren des Zweiten Weltkrieges], in: Dokument. Archiv. Istorija. Sovremennost'. Sb. naučnych trudov [Dokument. Archiv. Geschichte. Gegenwart. Sammlung von wissenschaftlichen Beiträgen], Vyp. 9, Ekaterinburg 2008, S. 158-173, hier S. 161 f.

30 Die Anzahl der Sondersiedler in der UdSSR zu diesem Zeitpunkt betrug 2 300 223. Zemskov, Specposelency (wie Anm. 11), S. 164 f.

Während die „Kulaken“-Verbannung als Quelle von Arbeitskräften für die Industrie in der Zeit der beiden ersten Fünfjahrespläne eine ausschlaggebende Rolle gespielt hatte – dies wurde anhand von Archivakten in der Forschungsliteratur nachgewiesen –, sind kausale Verbindungen zwischen den Deportationen ethnischer Minderheiten und ihrer Verwendung in den Sondersiedlungen bei weitem nicht so eindeutig. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass die Zwangsumsiedlungen ethnischer Gruppen in erster Linie nicht der Umverteilung der Bevölkerung zu Gunsten von unterbevölkerten Territorien, sondern vor allem der Entfernung dieser Gruppen aus ihren traditionellen Siedlungsgebieten dienten, die ja zugleich in der Regel Grenzregionen waren. Die Härte der Strafen, die seit 1948 für die Flucht aus der unbefristeten Verbannung vorgesehen waren (20 Jahre Zwangsarbeit), ist dafür die beste Bestätigung. Der Charakter des Arbeitseinsatzes wurde vom Illoyalitätsverdacht gegenüber ethnischen Minderheiten bestimmt, und die Wirtschaftsorgane sowie das Innenministerium schränkten das Heranziehen von Deportierten zur Arbeit in der Industrie wie z.B. in Bergwerken deswegen stark ein. Das hatte zur Folge, dass die Angehörigen von deportierten Nationalitäten anders als „ehemalige Kulaken“ auch im Ural zum größeren Teil in der Landwirtschaft beschäftigt waren.

Obwohl es in der Vorkriegszeit unter den Verbannten im Ural keine nennenswerte Gruppe von Russlanddeutschen gab,³² sind die Entwicklungen in dieser Zeit auch für sie von Bedeutung. Denn die damalige Arbeitskräftepolitik schuf wichtige Rahmenbedingungen, unter denen auch die später mobilisierten Deutschen lebten. Der Anstieg der Zahl von Arbeitern auf Kosten repressierter Bauern ermöglichte es zwar, kurzfristig Engpässe zu schließen und Produktionspläne zu erfüllen, brachte aber mittelfristig unweigerlich eine erhöhte Fluktuation der Belegschaften mit sich. Auf den wichtigsten Hüttenwerken des Urals erreichte der Arbeitskräftemangel 10-20%, in den Bau- und Transportbranchen sah es noch schlimmer aus.³³ Die unter Zwang erfolgte Umverteilung der Arbeitskräfte übte entscheidenden Einfluss auf die Zusammensetzung der Betriebskollektive sowie auf den Charakter der Verhältnisse innerhalb dieser Kollektive im ganzen Land und insbesondere im Uralgebiet aus – und damit auch auf die Bedingungen, unter denen mobilisierte Deutsche in den 1940er Jahren hier Arbeit ableisten mussten.

Aber nicht nur das Ausmaß der Fluktuation zwang das Regime dazu, den Anwendungsbereich für die Zwangsarbeit stetig auszuweiten. Die Art und Weise, wie Arbeitsressourcen jahrelang verwaltet worden waren, hinterließ ihre Spuren in der Einstellungspolitik von Wirtschaftsführern. Denn viele von ihnen glaubten, dass der Nachschub an Arbeitskräften von der Regierung bzw. von den lokalen Machtorganen immer gewährleistet würde. Einmal mit billigen Arbeitskräften versorgt, blieben Betriebe auch weiterhin auf Zwangs-

32 Zum Zeitpunkt der Auflösung der Sondersiedlungen der „Kulaken“-Verbannung 1954 wurden insgesamt in der Sowjetunion 14 000 Personen gezählt, die meisten davon kamen 1936 im Rahmen einer Zwangsumsiedlung aus der Ukraine nach Kasachstan. L.P. Belkovec: Administrativno-pravovoe položenie rossijskich nemcev na specposelenii 1941–1945 gg. Istoriko-pravovoe issledovanie [Die rechtliche Lage der Russlanddeutschen in den Sondersiedlungen 1941–1945. Eine rechtshistorische Untersuchung], Novosibirsk 2003, S. 32.

33 V.G. Ajrapetov: Černaja metallurgija Urala v tret'ej pjatiletke [Die Schwarzmetallurgie des Ural während des 3. Fünfjahresplans], in: Iz istorii rabočego klassa i krest'janstva Urala [Aus der Geschichte der Arbeiterklasse und des Bauerntums im Ural], Sverdlovsk 1973, S. 37-48, hier S. 41.

arbeit angewiesen. So weist zum Beispiel Zemskov darauf hin, dass unter den Chefs vieler Volkskommissariate, vor allem aber beim Leiter des Volkskommissariats für Forstindustrie (*Narkomles*) die feste Überzeugung verbreitet war, dass für Sondersiedler, die wegen miserabler Lebensbedingungen in Massen starben, als Ausgleich neue Kontingente zur Verfügung gestellt würden. Wie in einem Geheimpolizei-Bericht von 1933 festgehalten wurde, sagte der Leiter eines forstindustriellen Betriebs im Ural gegenüber den in seinem Betrieb arbeitenden Sondersiedlern ganz offen: „Wir könnten euch alle jetzt sogar liquidieren. Die OGPU schickt uns jedenfalls als Ersatz noch hunderttausend solcher wie euch!“ Erst Jahre später, als klar wurde, dass auch die Verbannungsorte keine unerschöpfliche Quelle für Zwangsarbeiter waren, begannen die Betriebsleiter allmählich, deren Arbeits- sowie Lebensbedingungen zu verbessern.³⁴

Der Krieg an der Arbeitsfront

Nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion wurde in der UdSSR eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen, die zum Ziel hatten, als Ersatz für die zur Armee Eingezogenen zusätzliche Fachkräfte für die Volkswirtschaft zu gewinnen. Obwohl solche Maßnahmen für ein sich im Kriegszustand befindendes Land typisch sind, zeichneten sie sich in der UdSSR durch besondere Härte aus. Die Arbeitsmobilisierungen und der Zwang zur Arbeit waren in der Sowjetunion schon zu Friedenszeiten weit verbreitet, wurden aber nach dem Ausbruch des Krieges weiter verschärft.

Kurz nach dem Ende der NÉP betrachtete das Regime die unkontrollierte Bewegung von Arbeitnehmern als einen Risikofaktor für die Produktionspläne. Deswegen wurden in den 1930er Jahren, insbesondere aber in deren zweiter Hälfte, immer strengere Gegenmaßnahmen beschlossen: In diesem Kontext sollte zum Beispiel die Einführung der Passpflicht 1932 sowie der Arbeitsbücher (*trudovaja knižka*) als Mittel zur Kontrolle der räumlichen Mobilität und der beruflichen Tätigkeiten der Menschen betrachtet werden.³⁵ Der Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 26. Juni 1940, nach dem das eigenmächtige Umsiedeln und das Verlassen des Arbeitsplatzes bei einer Freiheitsstrafe von vier bis sechs Monaten verboten wurde, ist zum Symbol der Etablierung einer vollständigen staatlichen Kontrolle über den Arbeitsmarkt geworden.³⁶

34 Murzin, *Sovetskij mif* (wie Anm. 1), S. 103; Zemskov, *Specposelency* (wie Anm. 11), S. 35.

35 Eine ausführliche Analyse dieser Maßnahmen im Bezug auf die sowjetische Arbeiterschaft in den 1930er Jahren findet sich bei A.K. Sokolov: *Prinuždenie k trudu v sovetskoj ekonomike 1930-e – seredina 1950-ch gg.* [Der Arbeitszwang in der sowjetischen Wirtschaft, 1930er – Mitte der 1950er Jahre], in: *GULAG* (wie Anm. 11), S. 17-66, hier S. 30-37.

36 Diese Einschränkungen wurden mit dem Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 17. Juli 1940 auch auf Beschäftigte der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) in der Landwirtschaft ausgeweitet. Ferner erlaubte der Ukas des Obersten Sowjets vom 19. Oktober dieses Jahres allen Volkskommissariaten die regionale Umverteilung qualifizierter Arbeitskräfte einschließlich ihrer Familienmitglieder ohne jegliche Rücksicht auf ihre Wünsche. Vgl. dazu P.N. Knyševskij: *Gosudarstvennyj komitet oborony: metody mobilizacii trudovykh resursov* [Das Staatskomitee für Verteidigung: Methoden der Mobilisierung von Arbeitsressourcen], in: *Voprosy Istorii* (1994), H. 2, S. 53-65, hier S. 54.

Nicht weniger interessant für die Geschichte der Arbeitsmobilisierungen ist der Ukas „Über die staatlichen Arbeitsreserven der UdSSR“, der vier Monate später, am 2. Oktober 1940, in Kraft trat. Darin werden in Bezug auf Lehrlinge von Eisenbahn-, Gewerbe- und Fabriksschulen ausschließlich die Begriffe „Mobilisierte“ oder „Eingezogene“ verwendet. Der Ukas schrieb als Aufgabe vor, jährlich bis zu eine Million junger Arbeiter auszubilden – eine Zahl, die mit der in die Armee Eingezogenen vergleichbar war bzw. diese sogar übertraf. Nach der Ausbildung waren die jungen Arbeiter verpflichtet, mindestens vier Jahre ihre Arbeit in den Betrieben abzuleisten, zu denen sie geschickt worden waren. Somit könnte man in diesem Reglement eine Art Arbeitsarmee sehen, zu der die jungen Menschen im wehrdienstpflichtigen Alter, aber auch früher (in die Fabriksschulen ab 14 Jahren) mobilisiert wurden.³⁷ Nach vorläufigen Berechnungen umfasste dieses System der „Arbeitsreserven“ in drei Gebieten des Mittleren Ural schon im ersten Jahr nach seiner Einrichtung 60 000-70 000 Personen.³⁸

Somit kann man in der Vorkriegszeit eine ununterbrochene Steigerung des außerökonomischen Zwangs als Haupttendenz im Bereich Arbeit festhalten. Freie Arbeit wurde in den 1930er Jahren zunehmend eingeschränkt und die Anzahl derer, die zur Arbeit gezwungen wurden, stieg ständig an. Die besondere Strenge der Arbeitskräftepolitik seit 1941 kann man indes nicht nur mit dem Ausbruch des Krieges erklären, denn „die Verbreitung des Zwangs zu Arbeit übertraf bei weitem das, was für die Festigung der Landesverteidigung notwendig war.“³⁹ Das Berufsleben einer großen Zahl von Jugendlichen – vor allem von jungen Arbeitern – am Vorabend, in und nach dem Krieg wurde von massenhafter Arbeitsmobilisierung geprägt. Dabei unterschieden sich die freien Jugendlichen kaum von den Kindern der Sondersiedler.

Nach Meinung Sokolovs wollte sich die Regierung nach Kriegsausbruch nicht nur auf patriotische Stimmungen und einen gesteigerten Arbeitsenthusiasmus verlassen, sondern griff auf gewöhnliche administrative Methoden zurück. Die künftigen Verschiebungen von großen Massen von Menschen und Arbeitsmobilisierungen sollten auch weiterhin zentral geplant und durchgeführt werden, von nun an aber unter der Federführung des Staatskomitees für Verteilung der Arbeitskräfte, das am 30. Juni 1941 gegründet wurde. Ende Dezember 1941 wurde über die Betriebe der Rüstungsindustrie bzw. ihrer Zulieferer, zu denen fast alle Unternehmen im Ural gehörten, der Kriegszustand verhängt.⁴⁰

37 Der militärische Charakter des Alltagslebens der Lehrlinge wurde durch die Uniform, die volle Versorgung seitens des Staates und die kasernenähnlichen Unterkünfte unterstrichen. Das eigenmächtige Verlassen der Ausbildungsstätte bzw. des Arbeitsplatzes nach der Ausbildung wurde als Desertion betrachtet und entsprechend geahndet. Rešenija partii i pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam. 1917–1967 gg. Sbornik dokumentov za 50 let [Die Partei- und Regierungsbeschlüsse aus dem wirtschaftlichen Bereich. 1917–1967. Sammelband von Dokumenten aus 50 Jahren], Moskva 1967, Bd. 2, S. 774 f.

38 Berechnet nach: Gosudarstvennyj archiv Servdlovskoj oblasti (Staatliches Archiv des Gebiets Sverdlovsk, GASO), f. R-2033, op. 2, d. 209, Bl. 43, 43 Rückf.

39 Sokolov, *Prinuždenie k trudu* (wie Anm. 35), S. 45.

40 Gemäß dem Ukas des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR vom 26.12.1941 blieben die Arbeiter und Angestellten fest an ihre Betriebe gebunden. Dieser Ukas sah mit Freiheitsstrafen von fünf bis acht Jahren viel schärfere Sanktionen für das eigenmächtige Umsiedeln und das Verlassen des Arbeitsplatzes vor – im Vergleich zu vier bis sechs Monate Freiheitsstrafe nach dem Ukas vom 26.6.1940.

Der Anteil der mobilisierten Bevölkerung stieg in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 unaufhaltsam, im Mittleren Ural kam die Entwicklung wegen der großen Nachfrage nach Arbeitskräften besonders deutlich zum Vorschein. Schon Ende 1941 machten Jugendliche unter 16 Jahren 5,7% aller Beschäftigten in den Industriebetrieben im Ural aus. Rüstungsfabriken beschäftigten vor allem Frauen und Jugendliche, wie zum Beispiel die aus dem Moskauer Gebiet nach Sverdlovsk evakuierte Kalinin-Kanonenfabrik, in der 70% der Arbeiter 14 bis 18 Jahre alt waren.⁴¹

Eine andere wichtige Quelle für die Arbeitsmobilisierungen waren wehrpflichtige Sowjetbürger, die aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht in die Armee eingezogen werden konnten. So wurden gemäß einer ganzen Reihe von Beschlüssen des Staatlichen Komitees für Verteidigung vom November 1941 für das Volkskommissariat für Transportwege mehr als 300 000 Personen in Arbeitskolonnen mobilisiert, die zur einen Hälfte aus Zivilbevölkerung und zur anderen aus Wehrpflichtigen bestanden. Am 9. November befasste sich das Komitee erneut mit der Frage der Arbeitsmobilisierungen und ordnete an, die lokalen Kriegskommissariate sollten für den Bau der Hüttenwerke im Ural und in Sibirien 25 Arbeits- und Baukolonnen zu je 1 000 Mann aufstellen. Und in einem weiteren Beschluss wurde das Volkskommissariat des Inneren verpflichtet, für die unter anderem in den Ural evakuierten Werke und Fabriken so viele Arbeitskräfte aus GULag-Häftlingen zur Verfügung zu stellen. Während und nach dem Krieg wurden zahlreiche nach militärischen Prinzipien organisierte Sonderbautrupps (*osobyje stroitel'no-montažnye časti, OSMČ*) zusammengestellt, die neben mobilisierten Deutschen, Usbeken u.a. auch freie wehrpflichtige Sowjetbürger umfassten. Nach Einschätzung von Gončarov arbeiteten Ende 1941 auf Bauobjekten in vier Uraler Gebieten 63 solcher Arbeitskolonnen.⁴²

Besonders umfangreiche Aushebungen von Arbeitskraft fielen auf den Zeitraum von Februar bis April 1942, als mit den Arbeiten zur Inbetriebnahme von 660 Werken begonnen wurde, die aus dem Westen in den Ural evakuiert worden waren. Zu Behebung des Arbeitskräftemangels sollte die ganze städtische (Ukas vom 13.2.1942⁴³) und ländliche (Beschluss der Regierung und des ZK VKP(b) vom 13.4.1942) Bevölkerung mobilisiert werden. In den Städten betrafen die Mobilisierungen alle Männer im Alter von 16 bis 55 und Frauen im Alter von 16 bis 45 Jahren. Auf dem Lande wurden auch Jugendliche ab 14 Jahren zur Arbeit herangezogen, für sie wurde ein Pflichtminimum an Arbeitstagen (*trudoden'*) eingeführt.

Soldaten und Offiziere, die von der Front zur Abholung von militärischem Material in die Rüstungsbetriebe des Mittleren Ural kamen, hoben hervor, dass sich hier „mehr als sonst wo der Atem des Krieges fühlbar macht“.⁴⁴ Auf der einen Seite hing dieses Empfinden sicherlich damit zusammen, dass die Waffenproduktion in der Region um das Sechsfache anwuchs – hier wurden mehr als zwei Drittel aller Panzer und Kanonen und vieles mehr produziert. Auf der anderen Seite ging es dabei ohne Zweifel um die Stimmung auf den

41 Murzin, *Sovetskij mif* (wie Anm. 1), S. 169.

42 Knyševskij, *Gosudarstvennyj komitet oborony* (wie Anm. 36), S. 58 f.; Gončarov, „*Trudovaja armija*“ (wie Anm. 15), S. 132 ff.

43 Ukas des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR vom 13.2.1942 „Über Mobilisierung für die Zeit des Krieges der arbeitsfähigen städtischen Bevölkerung für die Arbeit in der Industrie und im Bauwesen“. <http://his95.narod.ru/doc06/12.htm> [letzter Zugriff: 7.2.2012].

44 Murzin, *Sovetskij mif* (wie Anm. 1), S. 170.

Straßen, unter dem Betriebspersonal und in der Nachbarschaft. Am Beispiel von Novosibirsk zeigte S. Papkov sehr anschaulich, welche Stimmung zur Kriegszeit in einer Stadt herrschte, deren Alltag durch die regelmäßige Razzien der Miliz und immer strengere Verfolgung der „Arbeitsdeserteure“ gekennzeichnet war. Er kam zu einem Schluss, der ohne Zweifel auch das Leben der Städte im Uralgebiet gut illustrieren würde: In Novosibirsk, in dieser Stadt im tiefen sibirischen Hinterland, sei eine spezifische lokale Gesellschaft aus Sondersiedlern und mobilisierten Arbeitern entstanden. Für die Mehrheit der Stadtbewohner verloren Freiheit und Unfreiheit ihren ursprünglichen Sinn, auch weil viele während der Kriegszeit mehrmals die kaum mehr erkennbare Grenze zwischen beiden Zuständen überwinden mussten.⁴⁵ In den Städten des Ural sollten Nachbarn, aber auch Mitglieder der Straßenkomitees bei der Suche nach Arbeitsverweigerern helfen. Diese gesellschaftlichen Organisationen wurden verpflichtet, täglich über die Zahl der mobilisierten Personen bzw. über jeden Ein- oder Auszug zu berichten.

Da Betriebsleiter eine wichtige Rolle im Leben der Mobilisierten spielten und ihre Machtbefugnisse im Laufe des Krieges noch ausgeweitet wurden, sollten die Besonderheiten im Umgang mit den Arbeitskräften am Beispiel eines einzelnen Betriebs analysiert werden. Dafür wurde das Uraler Aluminiumwerk in Kamensk-Ural'sk (im Gebiet Čeljabinsk, jetzt Gebiet Sverdlovsk) ausgewählt.

Nach der Demontage und der Evakuierung der Aluminiumwerke aus Wolchov und Zaporož'e blieb das Werk in Kamensk-Ural'sk das einzige im ganzen Land, welches das für die Rüstungsindustrie so dringend benötigte Aluminium produzierte. Noch vor der Ankunft der Ausrüstung aus dem Westen wurden von der Betriebsleitung Maßnahmen zu Ausweitung von Produktionsflächen bzw. -räumlichkeiten getroffen. Diese wurden durch ein Baubataillon durchgeführt, das unter anderem aus zwangsumgesiedelten Ukrainedeutschen und im September/Oktober 1941 aufgrund ihrer deutschen Nationalität von der Front zurückgestellten Soldaten und Offizieren der Roten Armee zusammengestellt wurde.⁴⁶ Zwar bildeten die Deutschen die Mehrheit dieses Bataillons, aber auch Finnen, Esten, Letten, Polen und andere leisteten dort ihre Arbeit ab. Diese Einheit blieb bis zum Frühjahr 1942 im Aluminiumwerk, als sie vor allem in die Tagiler und Bogoslover Lager des GULag überführt wurde.⁴⁷

45 S.A. Papkov: Karatel'noe pravosudie na trudovom fronte v SSSR v 1941–1945 gg. [Die Strafjustiz an der Arbeitsfront in der UdSSR, 1941–1945], in: Voprosy istorii (2011), H. 12, S. 72–80, hier S. 74.

46 Nach dem Beschluss des Politbüros des ZK VKP(b) vom 31.08.1941 „Über die Deutschen, die auf dem Staatsgebiet der Ukrainischen SSR wohnhaft sind“ wurden die deutschen Männer im Alter von 16 bis 60 Jahre aus den Gebieten Dnepropetrovsk, Zaporož'e, Kiev, Poltava u.a. in die Baubataillone geschickt, unter anderem auch in den Ural. Die „Entnahme“ von deutschen Soldaten und Offizieren aus den kämpfenden Truppen erfolgte nach dem Befehl des Hauptquartiers des Kommandos des Obersten Befehlshabers Nr. 35105 vom 8.09.1941. Gončarov, „Trudovaja armija“ (wie Anm. 15), S. 105; German, Kuročkin, Nemcy SSSR (wie Anm. 9), S. 50.

47 Die genaue Zahl der Sowjetdeutschen, die in diesen Bautrupsps ihren Dienst geleistet hatten, konnte bisher nicht festgestellt werden. Nach einigen Angaben gab es mehrere Bataillone bzw. Arbeitskolonnen, in denen auch viele polnische Bürger aus den im September 1939 von der Roten Armee besetzten Gebieten gearbeitet haben. Offensichtlich umfassten diese Truppen einige Tausende Personen, wobei die Deutschen die zahlenmäßig stärkste Gruppe waren. Es bleibt auch unklar, wie viele Deutsche nach dem Abzug des Baubataillons in den Jahren 1942–1945 zur Arbeit

Die durchschnittliche Stärke der Werksbelegschaft in der Kriegszeit betrug ca. 8 000 Personen. Der Anteil von Arbeitern, die schon vor dem Krieg im Werk gearbeitet hatten, machte lediglich ein Fünftel aus (s. Tabelle 2). Der Anteil der im ersten Nachkriegsjahr eingestellten Arbeiter (demobilisierte und angeworbene) blieb unbedeutend. Die Mehrheit der im Werk Beschäftigten machten dagegen diejenigen aus, die auf die eine oder andere Weise zur Arbeit gezwungen worden waren. Zum Ersten betraf dies das sog. Sonderkontingent (GULag-Häftlinge und Sondersiedler, in der Tabelle unter „Sonstige“ verzeichnet), welches fast ein Drittel aller Arbeiter stellte. Zum Zweiten waren es „während des Krieges Mobilisierte“, die zusammen mit den „Absolventen der Gewerbe- und Fabrikschulen“, die, wie zuvor gezeigt, verpflichtet waren, nach ihrer Ausbildung vier Jahre als mobilisierte Arbeitskräfte im Betrieb zu bleiben, mehr als ein Drittel der Belegschaft ausmachten und damit die stärkste Gruppe bildeten. In einigen Betriebsabteilungen erreichte ihr Anteil 40 oder sogar 65%, wobei dieser vor den Massenentlassungen nach Kriegsende sicherlich noch höher gewesen war. Auch nachdem im Frühjahr 1942 die Arbeitskolonnen in die Lagerzonen bzw. auf andere Bauobjekte verlegt wurden, stellten die unter Zwang Arbeitenden – neben Häftlingen und Sondersiedlern auch zu Arbeit mobilisierte „freie“ sowjetische Bürger – mehr als zwei Drittel der Belegschaft.

Tabelle 2: Zusammensetzung der Belegschaft des Uraler Aluminiumwerkes (Kamensk-Ural'sk), 1946⁴⁸

Kategorien	Anzahl	Anteil in %
schon vor dem Krieg dort gearbeitet	1 643	20
während des Krieges Mobilisierte	2 086	25,4
Demobilisierte aus der Sowjetischen Armee und Invaliden	456	5,6
Evakuierte	591	7,2
nach dem Krieg Angeworbene	234	2,9
Absolventen von Gewerbe- und Fabrikschulen	794	9,7
Sonstige	2 405	29,3
Insgesamt	8 209	100

Besonders 1942/43 stieg die Zahl der „Deserteure“ und damit die Abhängigkeit des Unternehmens vom Zuzug neuer Zwangsarbeiter drastisch: von insgesamt 2 942 Personen, die in den Kriegsjahren ohne Erlaubnis wegzogen, entfielen 2 078 auf diese zwei Jahre. Der

im Uraler Aluminiumwerk herangezogen wurden. S.L. Razinkov: Social'nyj portret trudarmejcev Tagillaga [Die soziale Zusammensetzung der Arbeitsarmee im Tagillag], in: Kirillov, Gordoe terpen'e (wie Anm. 14), S. 23-35, hier S. 25; über den Arbeitseinsatz von Polen s. A.V. Čevardin: Urožency zapadnych oblastej USSR i BSSR v sostave stroitel'nych batal'onov na Urale v gody Velikoj Otečestvennoj vojny [Die ehemaligen Bewohner der westlichen Gebiete der Ukrainischen und der Belorussischen SSR in den Baubataillonen im Ural während des Großen Vaterländischen Krieges], in: Vestnik Čeljabinskogo gosudarstvennogo universiteta (2009), H. 16 (154), S. 74-76.

48 Materialy o naličii rabočej sily na Ural'skom Aljuminievom Zavode na 1.12.1946 [Materialien zur Arbeitskräftebilanz im Uraler Aluminiumwerk zum 1.12.1946]. Zentrum für die Dokumentation der gesellschaftlichen Organisationen des Gebiets Sverdlovsk, CDOOSO, f. 4, op. 41, d. 245, Bl. 1.

Direktor des Werkes stellte in einem seiner Berichte die begrenzte Wirksamkeit von Strafmaßnahmen fest, in dem er von „nur“ 632 verurteilten Deserteuren schrieb, der Aufenthalt der restlichen sei unbekannt geblieben. Dies animierte immer mehr Arbeiter zur Flucht.⁴⁹ Erst als die Regierung mit ihrem Beschluss vom 29. Juni 1944 mit der Einführung von Tribunalen den Betriebsleitern neue Mittel für die Bekämpfung der Deserteure zur Verfügung gestellt hatte und im Aluminiumwerk im Sommer 1944 mehrere Schauprozesse organisiert und allen Arbeitern außerdem noch die Pässe abgenommen worden waren, sank die Zahl von Abwanderern. Aber auch im ersten Nachkriegsjahr trug die Zusammensetzung der Belegschaft des Werkes weiterhin den Stempel der Kriegszeit. Anstelle von entlassenen kamen neue Mobilisierte, vor allem aus den Gebieten der Russischen Föderation, sowie junge Arbeiter – die Absolventen der Fabriksschulen.

Wie aus den Berichten mehrerer Uraler Unternehmen hervorgeht, war die Zusammensetzung der Belegschaft des Aluminiumwerks in Kamensk-Ural'skij auch für andere Betriebe typisch. So stellten die Zwangsarbeiter in den meisten Industriebetrieben des Mittleren Ural eine deutliche Mehrheit. Da der Terminus „Arbeitsarmee“ in offiziellen Dokumenten keine Verwendung fand, sondern aus der Selbstbezeichnung von mobilisierten Deutschen – *trudarmeejcy* – stammt, bleibt seine Definition unklar. Die Wissenschaftler sind sich bis heute hinsichtlich des Rechtsstatus sowie der Rechtmäßigkeit der Rekrutierung zur „Arbeitsarmee“ uneinig. Einer der Gründe dafür ist die soziale und ethnische Vielfalt der Bevölkerungsgruppen, die in den Arbeitskolonnen mobilisiert worden waren. Während einige die „Arbeitsarmee“ nur mit den mobilisierten Deutschen verbinden, betrachten andere diese Erscheinung in einem breiteren Kontext – als die höchste Form der Verstaatlichung von Arbeit in der stalinistischen Sowjetunion. Sie zählen auch andere betroffene Gruppen hinzu, vor allem Arbeiter aus Zentralasien sowie Vertreter der Titularnationen der Staaten, die sich im Krieg mit der UdSSR befanden, aber auch mobilisierte Sondersiedler, darunter „ehemalige Kulaken“, Baschkiren, Tschuwaschen, Mordwa u.a. sowie internierte Reichsdeutsche, Repatrierte und zum Wehrdienst nicht geeignete sowjetische Bürger.

Eine plausible Trennung der Deutschen von anderen Gruppen wird zusätzlich auch dadurch erschwert, dass in den Archivakten unter der allgemeinen Bezeichnung „mobilisierte Deutsche“ auch Russen, Ukrainer, Polen, Esten, Finnen, Italiener, Ungarn, Rumänen, Bulgaren usw. geführt wurden. Wie die Ergebnisse einer Stichprobe zeigten, die von einer Forschungsgruppe unter der Leitung von Kirillov durchgeführt worden war, waren unter den 7 249 Angehörigen der Arbeitsarmee im Tagiler Lager nur 6 511 Deutsche. Anhand der Akten eines anderen Lagers stellte man fest, dass die Deutschen dort 87% der Belegschaft der Arbeitskolonnen ausmachten.⁵⁰ Ein Vergleich zwischen den verschiedenen zur Arbeit mobilisierten Gruppen dürfte daher helfen, nicht nur die Gemeinsamkeiten und Unterschie-

49 Bericht des Direktors Percev, Mai 1946. CDOOSO, f. 4, op. 31, d. 800, Bl. 191-239, hier Bl. 233.

50 V.M. Kirillov, N.V. Matveeva: Trudmobilizovannye nemcy na Urals: sostojanie i novye aspekty issledovanija problemy [Die zur Arbeit mobilisierten Deutschen im Ural: Forschungsstand und neue Aspekte der Erforschung des Problems], in: A.A. German (Red.): Načal'nyj period Velikoj Otečestvennoj vojny i deportacija rossijskich nemcev: vzgljady i ocenki čerez 70 let. Materialy 3-j meždunarodnoj naučno-praktičeskoj konferencii. Saratov, 26–28 avgusta 2011 g. [Die Anfangsperiode des Großen Vaterländischen Krieges und die Deportation der Russlanddeutschen: Sichtweisen und Einschätzungen nach 70 Jahren. Materialien der 3. Internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz. Saratov, 26.–28. August 2011], Moskva 2011, S. 632.

de in den Lebensbedingungen, im Rechtsstatus und im Arbeitseinsatz dieser verschiedenen Gruppen zu beschreiben, sondern auch den Begriff „Arbeitsarmee“ zu präzisieren.

Die zur Arbeit mobilisierten Deutschen (*trudmobilizovannye nemcy*)

Den Arbeitsmobilisierungen der Russlanddeutschen ging ihre vollständige Deportation 1941 aus dem europäischen Teil der Sowjetunion in erster Linie nach Westsibirien und Kasachstan voraus. Diese Deportation setzte sich aus mehreren Operationen zusammen, die auf der Basis von Ukasen und Beschlüssen zentraler Partei- und Staatsorgane sowie von Befehlen des Militärs durchgeführt wurden. Eine der ersten Aussiedlungsaktionen der deutschen Bevölkerung betraf die Bewohner der Halbinsel Krim, als Mitte August 1941 60 000 von ihnen zuerst in den Nordkaukasus und einige Monate später in die östlichen Gebiete des Landes umgesiedelt wurden. Die zahlenmäßig am stärksten betroffene Gruppe – die Wolgadeutschen – wurden auf Grundlage des Beschlusses der Regierung und des ZK der VKP(b) vom 26. August 1941 „Über die Umsiedlung der Deutschen aus der Wolgadeutschen Republik und aus den Gebieten Saratov und Stalingrad in andere Regionen und Gebiete“ sowie nach dem Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 „Über die Umsiedlung von den an der Wolga lebenden Deutschen“ durchgeführt. Die Deportation wurde im September 1941 abgeschlossen und betraf 438 000 Deutsche aus der Autonomen Republik der Wolgadeutschen sowie aus den Gebieten Saratov und Stalingrad. Einige Gruppen von Deutschen aus den frontnahen Gebieten, aber auch aus der Stadt und dem Gebiet Moskau sowie aus Transkaukasien wurden auf der Basis der Verordnungen des Staatlichen Verteidigungskomitees und des Volkskommissars des Inneren zwangsumgesiedelt. Insgesamt wurden bis zum 1. Januar 1942 856 168 Personen deutscher Nationalität deportiert.⁵¹

Die ersten Arbeitsmobilisierungen unter den Deutschen fanden aber noch vor vielen dieser Deportationen statt, und zwar schon im August und September 1941, als ca. 20 000 Sowjetdeutsche – vor allem von der Front zurückgestellte Soldaten und Offiziere sowie ukrainedeutsche Zivilisten – in die Arbeitskolonnen überführt wurden.⁵² Die Ansiedlung von Deportierten erfolgte zu Anfang in den landwirtschaftlichen Regionen Sibiriens und Kasachstans, was einen aus der Sicht des Staates effektiven Arbeitseinsatz erschwerte. Die Durchführung der zweiten Etappe von Arbeitsmobilisierungen begann mit der Verordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 10. Januar 1942. Gemäß diesem Dokument war geplant, 120 000 Männer deutscher Nationalität im Alter von 17 bis 50 Jahren, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 aus dem europäischen Teil des Landes deportiert worden waren, zu mobilisieren. Somit wurde für sie diese Mobilisierung zu einer zweiten Deportation innerhalb kurzer Zeit, oft in entlegene Gegenden. Nach der Verordnung des Staatlichen

51 German, Kuročkin, *Nemcy SSSR* (wie Anm. 9), S. 30, 32, 36. Ausführlich zu Deportationen der Deutschen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion siehe Pavel M. Poljan: *Deportacii sovetskich nemcev v 1941–1943 gg. i sovetskaja deportacionnaja politika perioda Vtoroj mirovoj vojny* [Die Deportationen der sowjetischen Deutschen in den Jahren 1941–1943 und die sowjetische Deportationspolitik während des Großen Vaterländischen Krieges], in: German (Red.), *Načal'nyj period Velikoj Otečestvennoj vojny* (wie Anm. 50), S. 99–123.

52 German, Kuročkin, *Nemcy SSSR* (wie Anm. 9), S. 50–52.

Verteidigungskomitees vom 14. Februar 1942 wurde die Arbeitsmobilisierung auch auf diejenigen Deutschen ausgeweitet, die von den Deportationen nicht betroffen gewesen waren. Diese durften in ihren Wohnorten in Sibirien, Kasachstan und in der Region Altaj bleiben, doch war ihnen genauso wie allen Deportierten der Sondersiedlerstatus zugewiesen worden. Im Rahmen dieser Operation sollten für die Arbeitskolonnen 40 000–45 000 Deutsche bereit gestellt werden. Mehr als 40% der Mobilisierungen aus diesen beiden Aushebungen wurden zur Arbeit in den Ural geschickt, ein Teil von ihnen gelangte in die „Arbeits- und Besserungslager“ (*ispravitel'no-trudovoj lager', ITL*) des Uralgebiets: Bakal (*Bakallag*), Bogoslov (*Bogoslovlag*) und Ivdel' (*Ivdel'lag*). Im Frühjahr 1942 wurden in diese ITL auch mobilisierte Deutsche aus den Baubataillonen sowohl aus dem Ural und auch aus anderen Gebieten verlegt.

Während der dritten Etappe der Mobilisierungen, die ab Oktober 1942 liefen, wurde entschieden, die Altersgrenzen für Männer auszudehnen und dazu noch die deutschen Frauen mit Ausnahme von Schwangeren und denjenigen, die Kinder unter 3 Jahren hatten, zur Arbeit in Arbeitskolonnen heranzuziehen. Insgesamt wurden mehr als 120 000 Personen verschickt, davon fast die Hälfte Frauen. Diese Mobilisierten wurden in erster Linie den Volkskommissariaten für Kohleförderung und Ölindustrie zur Verfügung gestellt, ein Teil arbeitete an Objekten des Volkskommissariats des Inneren und in weiteren Betrieben (Förderung von Gold und seltenen Erden, Holzverarbeitung, Straßenbau usw.).

Auch später, in den Jahren 1943–1945, wurden weitere Mobilisierungen durchgeführt, die aber vor allem die aus Deutschland repatriierten Deutschen und diejenigen betrafen, die aus den Straflagern und Gefängnissen entlassen worden waren. Die Zahl dieser Mobilisierten war aber nicht mehr so groß: Während der ersten drei Mobilisierungswellen wurden 312 700 Personen zur Arbeit herangezogen, am Ende des Krieges erreichte ihre Zahl in den Arbeitskolonnen 316 000 Personen. Davon leisteten 182 000 ihre Arbeit auf den Objekten des Volkskommissariats des Inneren und mehr als 133 000 in den Betrieben anderer Volkskommissariate.⁵³ Zusammen mit den sowjetischen Bürgern und den Vertretern der Titulnationen der feindlichen Staaten erreichte die Anzahl der Arbeitsmobilisierten ca. 400 000, wobei einige andere Gruppen, wie zum Beispiel die Bewohner der Republiken Mittelasiens und Kasachstans, nicht berücksichtigt sind. Einige Forscher vertreten inzwischen die Meinung, dass die Feststellung der Zahl von unter Zwang zur Arbeit herangezogenen sowjetischen Bürgern noch längst nicht abgeschlossen ist, da einige wichtige Archivüberlieferungen noch nicht ausgewertet worden seien.⁵⁴ Im April 1946 wurden die Arbeitskolonnen aufgelöst, die ehemaligen mobilisierten Deutschen durften zwar mit ihren Familien außerhalb von überwachten Lagerzonen wohnen, aber nicht ihre Betriebe verlassen.

43% aller im Winter und im Frühling 1942 mobilisierten Deutschen arbeiteten im Ural. Mit Berücksichtigung derjenigen, die nach der Verordnung vom Oktober 1942 dazu kamen, betrug ihr Anteil in den drei Gebieten des Mittleren Ural 41%. „Der Ural wurde damit zu einer Region der Sowjetunion, in der nicht nur die meisten Arbeitskolonnen, sondern auch die Mehrheit der zur Arbeit mobilisierten Deutschen konzentriert wurde.“⁵⁵

53 Ebenda, S. 66 f.

54 Kirillov, Matveeva, *Trudmobilizovannye nemcy na Urale* (wie Anm. 50), S. 631.

55 Gončarov, „*Trudovaja armija*“ (wie Anm. 15), S. 111, 114.

Mobilisierte aus Kasachstan und Mittelasien⁵⁶

Die ersten Arbeitsmobilisierten aus Kasachstan und Usbekistan kamen schon im Herbst 1941 in das Uralgebiet. Die meisten wurden aber erst später, und zwar nach dem Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 14. Oktober 1942 mobilisiert, der das Verschicken von 350 000 Personen aus dem Territorium des Mittelasiatischen, des Uraler und des Süduraler Militärbezirks in die Arbeitskolonnen vorsah. Dabei wurden die Anforderungen wie folgt auf die Unionsrepubliken aufgeteilt: aus Usbekistan sollten 150 000, aus Kasachstan 100 000, aus Tadschikistan 40 000 sowie aus Kirgisien und aus Turkmenien jeweils 30 000 Personen zwangsumgesiedelt werden. So wie bei den Deutschen wurden auch aus den mobilisierten Bewohnern der mittelasiatischen Republiken und Kasachstans 1 000 Mann starke Arbeitskolonnen formiert, die zwischen dem Volkskommissariat des Inneren und anderen Volkskommissariaten aufgeteilt wurden. Die Mehrheit dieses Kontingents wurde an Betriebe aus den Bereichen Kohleförderung und Transportwesen verschickt.⁵⁷

Während der ersten vier Monate nach dem Inkrafttreten des Beschlusses vom 14. Oktober 1942 wurden die Aufträge ca. zur Hälfte erfüllt, bevor die Mobilisierungen aufgrund des Mangels an für die Industrie geeigneten Arbeitskräften eingestellt wurden. Einige Arbeitskolonnen waren noch im Frühjahr 1943 auf dem Weg zu ihren Arbeitsorten im Ural, aber schon im Herbst dieses Jahres kehrten viele von ihnen nach Hause zurück. Wegen des Mobilisierungsstopps und der frühzeitigen Rückkehr vieler Mobilisierter aus gesundheitlichen und organisatorischen Gründen fällt es schwer, Aussagen über die Gesamtzahl von Mobilisierten zu machen. In der Literatur bleiben diese Angaben widersprüchlich: Nach den Informationen von Antuf'jev arbeiteten zum 15. April 1943 36 000 Usbeken in den Unternehmen des Gebiets Sverdlovsk und in denen des Gebiets Čeljabinsk 20 000 Usbeken, Kasachen, Tadschiken u.a. Von den ca. 150 000 mobilisierten Sowjetbürgern aus Usbekistan seien fast 60 000 Usbeken gewesen, davon 32 620 im Ural und 25 000 in den drei Gebieten des Mittleren Ural.⁵⁸ Gončarov schätzt dagegen die Anzahl von Mobilisierten aus Mittelasien viel höher ein, und zwar auf ca. ein Drittel von insgesamt 190 000 Arbeitsarmeeangehörigen im Sommer 1943.⁵⁹ Nach seinen Angaben gelang es lediglich, von den 350 000⁶⁰ zur Mobilisierung eingeplanten Sowjetbürgern aus Kasachstan und Mittelasien 161 200, d.h. 48%, zur Arbeit in den Ural zu schicken.

56 Unter Mittelasien (russ. *Srednjaja Azija*) ist eine zentralasiatische Großregion gemeint, die vier ehemalige Sowjetrepubliken – die Usbekische, Turkmenische, Kirgisische und Tadschikische – umfasst.

57 Gončarov, „Trudovaja armija“ (wie Anm. 15), S. 104.

58 Der Autor geht davon aus, dass in Usbekistan 155 000 Personen mobilisiert wurden, obwohl in der Literatur auch die Meinung vertreten wird, dass dies ein Plan war, der nur ungefähr zu Hälfte erfüllt wurde. A.A. Antuf'jev: *Ural'skaja promyšlennost' nakanune i v gody Velikoj Otečestvennoj vojny* [Die Uraler Industrie am Vorabend und während des Großen Vaterländischen Krieges], Ekaterinburg 1992, S. 266.

59 G. Gončarov: „.... Mobilizovat' v rabočie kolonny na vsë vremja vojny...“ [„... Mobilisieren in die Arbeitskolonnen für die ganze Kriegszeit...“], in: E.R. Jarskaja-Smirnova, P.V. Romanova (Red.): *Sovetskaja social'naja politika: sceny i dejstvujuščie lica. 1940–1985* [Die sowjetische Sozialpolitik: Episoden und Akteure. 1940–1985], Moskva 2008, S. 60–80, hier S. 63.

60 Später wurde die Anzahl auf 336 000 gesenkt, siehe Tabelle 3.

Tabelle 3: Geplante Arbeitsmobilisierungen vom Territorium des Mittelasiatischen Militärbezirks, 15.02.1943⁶¹

Republiken	in Auftrag gegebene Mobilisierungen
Kasachstan	71 000
Usbekistan	166 700
Tadschikistan	40 100
Turkmenien	29 000
Kirgisien	29 200
Insgesamt	336 000

In der aktuellen Forschung sind bis jetzt andere Quellen für die Arbeitsmobilisierungen weitgehend unbeleuchtet geblieben, was noch einmal dafür spricht, die Forschung in diesem Bereich, unter anderem auch zur Gesamtzahl von zur Arbeit herangezogenen Personen, fortzusetzen. In den Archivakten sind zum Beispiel Angaben über Mobilisierungen in den Kolchosen Baschkiriens zum Torfabbau zu finden. 1944 arbeiteten um die Stadt Sverdlovsk 10 000 (nach anderen Angaben 17 000) Arbeiter beim Torfabbau für Kraftwerke im Ural, überwiegend Frauen aus Baschkirien. Wie aus den Archivakten folgt, waren dort während des ganzen Krieges jedes Jahr zahlreiche Arbeitskolonnen im Einsatz. Vom Frühjahr bis zum späten Herbst stachen mobilisierte Frauen Torf für einen schlechten Lohn. Manchmal wurde die Arbeit lediglich mit Konsumwaren entlohnt (z.B. mit Kleiderstoff). 1944 befand sich ein Drittel der mobilisierten Frauen auf der Flucht bzw. wurde krankheitsbedingt entlassen, 63 starben an miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen, davon 31 an Hunger.⁶²

Da zu den Arbeitskolonnen sowohl rechtlich gesehen freie als auch in ihren Rechten eingeschränkte sowjetische Bürger herangezogen wurden, unterschieden sich ihre Versorgung, Unterkunft oder Arbeitsbedingungen. Am strengsten verhielt sich das Regime gegenüber den Deutschen und anderen Vertretern vermeintlicher „fünfter Kolonnen“. Für Mobilisierungsverweigerung drohten ihnen strengste Strafmaßnahmen, und auf dem Weg zu den Arbeitssorten wurden sie von bewaffneten Mitarbeitern des NKVD überwacht. Zur Beobachtung und Aufdeckung antisowjetischer Verschwörungen bestand unter ihnen ein breites Agentennetz. Wie oben erwähnt, ähnelte die Unterkunft der Deutschen derjenigen von Häftlingen der Besserungs- und Arbeitslagern: Baracken in mit Stacheldraht umzäunten Zonen, bewaffnete Überwachung sowie regelmäßige Anwesenheitsprüfungen. Der einzige Unterschied zu Häftlingen bestand darin, dass sie ohne bewaffnete Konvois zu Arbeit geführt wurden. Die Mehrheit der Deutschen wurde in solchen umzäunten Zonen auf den ITL-Geländen untergebracht. Im Falle einer Unterbringung auf dem Werksgelände wurden die Betriebsleiter aufgefordert, spezielle Zonen einzurichten und die mobilisierten Deutschen von freien Arbeitskräften zu isolieren. Dieser Forderung kam man, wenn auch mit einigen

61 Gončarov, „Trudovaja armija“ (wie Anm. 15), S. 118 f.

62 Geheimer Bericht des stellvertretenden Leiters des Büros für Verteilung der Arbeitskräfte an den Vorsitzenden des Parteikomitees der Baschkirischen Autonomie. Januar 1945. CDOOSO, f. 4, op. 31, d. 765, Bl. 63-66; Der Sekretär des Baschkirischen Parteikomitees Ignat'ev an den Sekretär des Parteikomitees des Sverdlovsker Gebiets. 6.3.1945. Ebenda, Bl. 62.

Verzögerungen, nach. In einer ähnlichen Lage befanden sich die mobilisierten Sondersiedler aus anderen Kontingenten wie z.B. die „ehemaligen Kulaken“. Die Arbeitskolonnen wurden von den Kommandanten der Sondersiedlungen zusammengestellt und anschließend an die Bauverwaltungen des NKVD übergeben.

Die Lage von rechtlich freien Bewohnern Kasachstans und Mittelasiens war eine andere: Ihre Mobilisierung wurde von den Militärkommissariaten des Volkskommissariats für Verteidigung durchgeführt und basierte auf der Wehrpflicht. Den Schwerpunkt bei der Arbeit mit dieser Bevölkerungsgruppe bildeten Aufklärung bzw. Propaganda, die Partei- und Komsomolmitglieder unter ihnen durchführten. Während die Führung der Autonomen Republik der Wolgadeutschen repressiert wurde und die Deportation sowie Arbeitsmobilisierung unter Sowjetdeutschen einen totalen Charakter trugen, wurden bestimmte Personen aus mittelasiatischen Sowjetrepubliken bestimmt, die für die Belange der Mobilisierten zuständig waren. Besonders aktiv wurden diese nach 1943, als die Lage an den Fronten sich zugunsten der Roten Armee änderte, aber schwere Missstände bei den usbekischen, tadschikischen u.a. Arbeitskolonnen durch Unruhen, Massenflucht oder erhöhte Sterblichkeit deren weiteren Einsatz gefährdeten.⁶³ Von der Lage der Arbeiterinnen beim Torfabbau um Sverdlovsk, die auf Befehl des Staatlichen Verteidigungskomitees aus Baschkirien gekommen waren, berichtete der stellvertretende Leiter des Büros für Registrierung und Verteilung der Arbeitskräfte bei der Regierung der Autonomie P. Aljutin. Ins Gebiet Sverdlovsk wurde ein spezieller Vertreter des ZK der Kommunistischen Partei Usbekistans, Sadykov, geschickt, der sich um seine Landsleute im Ural kümmern musste.

Die Arbeitsmobilisierungen von Deutschen und den Vertretern der Titularnationen feindlicher Staaten hatte flächendeckenden Charakter, ca. ein Drittel der 1941 Deportierten – d.h. alle Arbeitsfähigen – wurden in die Arbeitskolonnen eingezogen. Die Deutschen bildeten die stärkste Gruppe unter den Arbeitsmobilisierten, ihr Anteil belief sich auf mehr als 60%. Die Mobilisierungen in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken spielten dagegen nur eine Nebenrolle. Der Anteil dieser Gruppe überstieg im Jahre 1943, als ihre Anzahl ihr Maximum erreichte, nicht 35%. Ein Jahr später kehrten immer mehr mittelasiatische Angehörige der „Arbeitsarmee“ wegen schlechter Organisation, mangelnder Russischkenntnisse und wegen Anpassungsschwierigkeiten an die Arbeit in der Industrie unter den harten Klimabedingungen des Mittleren Ural nach Hause zurück, wodurch ihr Anteil sank.

Einen unbedeutenden Anteil, nach Angaben von Gončarov etwas mehr als 3% aller Arbeitsmobilisierten, machten die Sondersiedler aus dem Kontingent „ehemaliger Kulaken“ aus. Ihre ohnehin stets sinkende Zahl verringerte sich noch deutlicher, als sie (mit Ausnahme von Familienoberhäuptern) 1942 zur Armee eingezogen wurden. Deswegen war die Arbeitsmobilisierung unter ihnen nicht systematisch und wurde nur in dringenden Fällen durchgeführt.⁶⁴

In Mai 1945 begann man die Deutschen aus den Arbeitskolonnen zu entlassen: Zuerst waren es arbeitsunfähige Personen, die zu ihren Familien nach Sibirien und Kasachstan,

63 So finden sich z.B. im Archivbestand des Parteikomitees des Gebiets Sverdlovsk Mitteilungen über die Forderung von 458 Frauen, die im August 1943 nach Kamensk-Ural'sk zu Arbeit verschickt worden waren, sie umgehend zurück nach Hause zu schicken, sowie über ihren verhinderten Versuch, den Ural eigenmächtig zu verlassen. CDOOSO, f. 4, op. 38, d. 78, Bl. 59-60.

64 Gončarov, „... Mobilizovat' v rabočie kolonny...“ (wie Anm. 59), S. 63.

später aber auch in die Verwaltungsgebiete des Ural geschickt wurden. In April 1946 wurde die „Arbeitsarmee“ aufgelöst und die Deutschen wieder als Sondersiedler unter die Aufsicht der lokalen Organe des Innenministeriums gestellt. Die Arbeitsmobilisierten aus Kasachstan und Mittelasien gingen zum Teil schon 1943 aus dem Ural zurück, bis Ende 1945 war ihre Rückkehr im Großen und Ganzen abgeschlossen.

Trotz des geplanten Ausbaus der Industrie in der Wolgadeutschen Republik war die Mehrheit ihrer Bevölkerung (ca. zwei Drittel) vor dem Krieg Bauern geblieben. Von fast 1,5 Mio. Sowjetdeutschen im Jahre 1939 lebten lediglich 20% in der Stadt. Im Laufe der Deportation 1941 wurden die Deutschen zuerst aufs Land geschickt, und zwar einschließlich der ehemaligen Stadtbewohner unter ihnen. Ihre Ansiedlungsordnung, zuerst für Kasachstan ausgearbeitet, dann auf die restlichen Ansiedlungsgebiete übertragen, sah vor, dass die Deutschen nur in Ausnahmefällen in die Städte (nicht größer als Kreiszentren) ziehen durften und zwar nur dann, wenn es sich um „hochqualifizierte Arbeiter, Ingenieure, Lehrer und Wissenschaftler“ handelte.⁶⁵ Der Arbeitseinsatz in der Uraler Industrie, vor allem die Entscheidung vieler ehemaliger Arbeitsmobilisierter, auch nach der Aufhebung des Sondersiedlerstatus im Ural zu bleiben, deutet auf dramatische Änderungen in der Berufs- und Sozialstruktur der deutschen Minderheit als Folge der Massenmobilisierungen hin.

Tabelle 4: Arbeitseinsatz (*trudovoe ispol'zovanie*) der Arbeitsmobilisierten 1941/42 sowie geplanter Arbeitseinsatz der Bewohner aus Mittelasien und Kasachstan⁶⁶

Volkskommissariat	Deutsche im Gebiet Sverdlovsk, Herbst 1942	Sondersiedler im Gebiet Sverdlovsk, Herbst 1941	Aus Mittelasien, Oktober 1942 (Plan)
des Inneren	35 095	1 384	27 000
für Kohlenförderung	8 261	1 234	100 000
für Bauwesen	4 858	2 394	30 000
für Metallurgie	2 030	8 695	25 000
für Nicht-Eisen-Metallurgie	1 861	3 783	20 000
für Forst- und Holzwirtschaft	7 409	2 812	
für Ölförderung			40 000
für Transport			33 000
Andere	967	verteilt unter anderen 27 Volkskommissariaten	20 000 + 15,8%
Insgesamt	67 107	30 054	350 000

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich ist, arbeitete die Mehrheit der Deutschen auf Objekten, die vom Volkskommissariat des Inneren verwaltet wurden. Sie wurden zum Bau von metallurgischen Kombinat und Chemiewerken (Bakalstroj im Gebiet Čeljabinsk, Tagillag des Gebiets Sverdlovsk), des neuen Aluminiumwerks im Gebiet Sverdlovsk (Bogoslovlag), einer großen Papier- und Zellstofffabrik im Gebiet Molotov (Solikamsk) sowie in den Holz

65 German, Kuročkin, Nemcy SSSR (wie Anm. 9), S. 37; siehe auch den Beschluss des Politbüros des ZK der VKP(b) vom 12.09.1941 „Über Ansiedlung der Wolgadeutschen in Kasachstan“.

66 Gončarov, „Trudovaja armija“ (wie Anm. 15), S. 104.

verarbeitenden Betrieben der Besserungs- und Arbeiterlager Ivdel', Tavda, Sevural und Vostural des Gebiets Sverdlovsk und Usol' im Gebiet Molotov eingesetzt. Dabei handelte es sich vor allem um schwere körperliche Arbeit. Die Besonderheiten des Arbeitseinsatzes der Sondersiedler hing wohl damit zusammen, dass sie nur bei dringendem Bedarf in die Arbeitskolonnen eingereiht wurden, weswegen sie auf viele kleinere Gruppen in den Betrieben mehrerer Volkskommissariate verteilt waren. Die stärkste Gruppe von ihnen arbeitete in den Hüttenwerken, weil sich seit den 1930er Jahren viele Sondersiedlungen in deren unmittelbarer Nähe befanden. Die ursprünglichen Pläne der Verwendung von Arbeitskolonnen aus Bewohnern mittelasiatischer Sowjetrepubliken wurden nach deren Ankunft im Ural, als klar wurde, dass es unter ihnen viele gab, die zur Arbeit in einem Industriebetrieb nicht geeignet waren, oftmals korrigiert. Die meisten wurden als Hilfsarbeiter eingesetzt, unter anderem auch bei der Straßenreinigung in den Uraler Städten.

Schlussfolgerungen

Die Analyse der Geschichte der Arbeitsmobilisierungen sollte im Kontext der sowjetischen Arbeitskräftepolitik seit den Anfängen des Sowjetstaates erfolgen. Dieser Ansatz erlaubt es, die Kontinuitäten, die ideologischen Grundsätze und administrativen Praktiken in der Umsetzung dieser Politik zu verdeutlichen.

Die Mobilisierungspolitik im Bereich der Arbeitskräfte in der Kriegszeit war auf der einen Seite die logische Folge der Vorkriegsentwicklung in diesem Bereich. Auf der anderen Seite war sie natürlich durch die Kriegsumstände, durch die Auseinandersetzung im wirtschaftlichen Bereich und damit durch die Notwendigkeit bedingt, restlos und möglichst schnell alle Ressourcen neu zu organisieren. Bei der Auswahl der Instrumente zur Lenkung der Arbeitskräfte griff das Regime schon in den 1930er Jahren auf die Erfahrungen bei der Organisation der ersten Arbeitsarmeen in den 1920er Jahren zurück. Betrachtet man den Grad der Militarisierung sowie der Verstaatlichung der Arbeit in der Vorkriegszeit, so ist festzustellen, dass nicht der Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges 1941, sondern schon das Jahr 1940 mit einer Reihe von politischen Entscheidungen einen Wendepunkt in der sowjetischen Arbeitskräftepolitik markiert. Damals wurden die Strafmaßnahmen auch für kleinere Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin radikal verschärft und die Industriearbeiter verloren die letzten Reste ihrer arbeitsrechtlichen Freiheiten. Darüber hinaus entschied sich das Regime im Umgang mit dem Arbeiternachwuchs, weiterhin auf Militarisierung, Verstaatlichung und Mobilisierung zu setzen.

Die Betrachtung der Arbeitskräftepolitik in ihrer Entwicklung in den 1930er und 1940er Jahren zeigt erneut, wie eng sie mit der Repressionspolitik des Staates verbunden war, auch wenn man einen so wichtigen Faktor der sowjetischen Wirtschaft wie die Ausbeutung der Arbeit von Gulag-Häftlingen außer Acht lässt. In diesem Kontext zählen die gigantischen räumlichen (aus den westlichen und südlichen in die östlichen, dünn besiedelten Regionen) wie sozialen (*raskrest'janivanie*, der Wechsel von der Landwirtschaft in die Industrie) Verschiebungen der Bevölkerung zu den wichtigsten Ergebnissen der flächendeckenden Kollektivierung und der „Kulaken“-Verbannung. Die Auswahl von Ansiedlungsrayons für das Sondersiedlerkontingent der „ehemaligen Kulaken“ in der Vorkriegszeit und die „Verwendung ihrer Arbeitsleistung“ (*trudoispol'zovanie*) wurden sowohl durch die Absicht, breite Land-

striche im Norden und im Osten des Landes wirtschaftlich zu erschließen, als auch durch die Ziele der forcierten Industrialisierung bestimmt, für die die „Kulaken“-Verbannung zum wichtigsten Reservoir von Arbeitskräften geworden war.

Der Zusammenhang zwischen den Plänen einer freiwilligen Kolonisierung aus den 1920er Jahren und der Zwangskolonisierung der 1930er Jahre wird am Beispiel des Ural besonders anschaulich: Denn dass ausgerechnet der Ural als eines der Hauptzentren der Industrialisierung zugleich auch zu einer Hauptverbannungsregion für die „ehemaligen Kulaken“ in den 1930er und später für die „bestraften Völker“ in den 1940er Jahren wurde, wirkt vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge nur allzu konsequent. Infolge der „Verwischung“ der „Kulaken“-Verbannung im Laufe der 1930er Jahre und einer aktiven Anpassung der „ehemaligen Kulaken“ an die neuen Lebensumstände fand ein intensiver Abzug der Einwohner der Sondersiedlungen hauptsächlich in Richtung der Industrie im Ural statt, was zu Folge hatte, dass die Sondersiedlungen ihre Rolle als Arbeitskräftequelle schon am Vorabend des Krieges zu verlieren begannen. In dieser Situation, als mehrere Wirtschaftsbranchen von einem weiteren Zuzug billiger Arbeitskräfte abhängig blieben, stellte sich die „Nachschub“-Frage mit aller Schärfe erneut.

Auch während und nach ihrer allmählichen Auflösung wirkte die „Kulaken“-Verbannung auf die lokale Gesellschaft des Ural nach, indem die Zwangsarbeit zum unentbehrlichen Bestandteil der Lebenserfahrung Zehntausender wurde – und zwar nicht nur derjenigen, die zu den Opfern der repressiven Staatspolitik wurden, sondern auch jener, die in den Betriebs- bzw. Branchenleitungen bei der Planung der Produktion die Zwangsarbeit nicht mehr wegzudenken vermochten.

Im Ural mit seinen historischen Traditionen kamen die Besonderheiten der Entwicklung der 1930er Jahre besonders deutlich zum Vorschein. Die Zwangsarbeit in der Industrie hatte hier eine lange Tradition und wurde zum prägenden Merkmal lokaler Kultur. Vor diesem Hintergrund scheint die besondere Rolle der Ural-Region beim Ausbau der Mobilisierungswirtschaft kein Zufall zu sein. Das Ergebnis der Entwicklung dieses „Landes der Arbeiter“ während der ersten Fünfjahrespläne war eine stürmische sozialistische Urbanisierung, die unter anderem marginalisierte Gruppen der Gesellschaft, die zur Arbeit gezwungen wurden, in die Städte brachte. Die Arbeit unter Zwang wurde im Ural offensichtlich eher toleriert und als Norm wahrgenommen, was in den 1940er Jahren die Arbeitsmobilisierten, vor allem aber die Deutschen, zu spüren bekamen. Die Arbeit unter Zwang war aber nicht nur eine Notwendigkeit der Kriegszeit. Schon am Vorabend des Krieges weit verbreitet, blieb sie dies auch nach Kriegsende bis in die frühen 1950er Jahre hinein.

Seit dem Jahr 1940 weitete sich der Anwendungsbereich der Zwangsarbeit deutlich aus, auch außerhalb des GULag, d.h. unter freien sowjetischen Bürgern. Während die Einschränkung der Rechte auf dem Arbeitsmarkt immer weitere Bevölkerungsgruppen betraf, wurde die Grenze zwischen der freien und unfreien Arbeit im alltäglichen Leben von Arbeitskollektiven immer schwieriger erkennbar. Diese Entwicklung erreichte in der Kriegszeit ihren Höhepunkt, und die Arbeitsmobilisierung wurde zur höchsten Form der Verstaatlichung der Arbeit von nicht gerichtlich verurteilten Bürgern, sowohl von freien als auch von solchen mit eingeschränkten Rechten. Noch deutlicher, als es während des Bürgerkriegs der Fall gewesen war, wurde die militärische Auseinandersetzung von den Fronten in den Bereich der Produktion übertragen, was zu einer totalen Militarisierung aller Lebensbereiche im Hinterland führte.

Beim Arbeitseinsatz von den nach ethnischen Merkmalen deportierten Gruppen standen, anders als beim Sonderkontingent „ehemaliger Kulaken“, Überlegungen ökonomischen Charakters im Hintergrund – viel wichtiger für die Deportationsentscheidungen waren die Anstrengungen des Regimes, die ethnischen Gruppen aus ihren traditionellen Siedlungsgebieten zu entfernen. Die Sowjetdeutschen stellten dabei als innerer Feind und als Mobilisierungsinstrument für die Heimatfront ein ideales Opfer dar. Die offen ausgesprochenen Kollaborationsbeschuldigungen wurden zur bestimmenden Grundlage für ihre Unterhaltsbedingungen. Die Arbeit von mobilisierten Deutschen hatte nicht nur wirtschaftlichen Sinn, sondern musste bei Berücksichtigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen vielmehr als Strafe für ihren vermeintlichen Hochverrat wahrgenommen werden.

Wenn auch nicht in dem Ausmaße wie die Deutschen litten auch andere ethnische Gruppen innerhalb der „Arbeitsarmee“ unter der feindseligen Einstellung der Bevölkerung des Ural sowie unter der Vernachlässigung ihrer Rechte an den Arbeitsorten. Wie stark diese Wahrnehmung als Fremde von ihrer nationalen oder konfessionellen Zugehörigkeit abhing, muss noch geklärt werden. Die vor kurzem deklassifizierten Archivüberlieferungen erlauben aber die Feststellung, dass es zu gewissen Spannungen zwischen den ursprünglichen Bewohnern des Ural und den zur Arbeit in den Ural gebrachten Gruppen aus entlegenen Regionen kam. Die Deutschen verkörperten dabei den absoluten Feind, und zu den äußerst schwierigen Lebensbedingungen gesellten sich auch alte Vorurteile, welche ebenfalls vergleichbar wenig geschützte Arbeitsmobilisierte (z.B. Baschkiren und Tataren aus dem Süduural oder Bewohner Mittelasiens) zu spüren bekamen.

Die mobilisierten Deutschen machten die Mehrheit der „Arbeitsarmee“ aus und trugen die Hauptlast der Arbeit. In ihren Lebensbedingungen verbanden sich die Grundzüge des Lebens in einem Arbeits- und Besserungslager mit der Militärdisziplin. Die ersten Jahre des Arbeitseinsatzes im Ural waren mit großen Verlusten infolge menschenunwürdiger Lebens- und Arbeitsbedingungen verbunden. Die Tragik dieser Zeit prägt bis heute die Erzählung und das Erinnern an den Arbeitseinsatz der Sowjetdeutschen während des Krieges.

Die Mobilisierung der Bewohner Mittelasiens kann man als gescheitert betrachten, vor allem aus organisatorischen Gründen. Schon 1944 verringerte sich die Anzahl der mittelasiatischen Mobilisierten stark, weil viele für die Arbeit im Ural nicht geeignet waren und deshalb zurück in ihre Heimat geschickt wurden. An manchen Orten war unter Usbeken, Tadschiken und anderen die Sterblichkeit besonders hoch. Das Scheitern dieser Mobilisierungsaktion verdeutlicht auch, dass die sowjetische Arbeitskräftepolitik an ihre Grenzen stieß, vor allem da Umsiedlungen freier Sowjetbürger und ihr Einsatz außerhalb des GULag-Systems so schlecht vorbereitet waren. Dies wurde nach dem Kriege noch offensichtlicher und veranlasste in den 1950er Jahren die sowjetische Führung zu einem Überdenken ihrer Arbeitskräftepolitik.

Summary

The article analyses the labour mobilization of Germans in Russia in the Urals region in the larger context of Soviet labour policy in the 1930s and 1940s. The subject is the deployment of both deportees and exiles on the one hand and free Soviet citizens on the other, with the central Ural region being the main area of focus. This can be explained by the particularities

of the historical situation. The local way of life in this, the oldest Russian mining area, had been marked for centuries by the subordination of every area of life to the demands of production, by the particularly intensive exploitation of forced labour. It is also explained by the particular position of the Central Urals region in the (re-)distribution of labour in the wake of the forced industrialization in the Soviet system. The article will show that Soviet labour policy in the 1930s was increasingly guided by the principle of mobilization, with non-economic force becoming more and more significant even in the realm of “free labour”. Wartime labour policy developed logically out of pre-war policy. The severity of its implementation was also determined by the necessity to mobilize all available resources as quickly as possible. The turning point was not the German attack in 1941, but a series of political decisions toward militarization and the nationalization of labour made in 1940. The climax was reached during the war when the mobilization of labour became the highest form of state labour exploitation. This can be shown with examples of citizens convicted without trial as well as cases such as Soviet Germans, people in Central Asia and other groups.

Aus dem Deutschen übersetzt von Mark Hatlie, Tübingen